



Niederschrift

17-007. Sitzung des Ausschusses des Kreistages Bergstraße für Schule und Soziales

am **Mittwoch, 07.12.2011**, 18:00 Uhr bis 19:05 Uhr,
im Sitzungssaal "Bergstraße" (Raum 3019) des Landratsamtes in Heppenheim, Graben 15

Tagesordnung

- Punkt 1 Kreiskrankenhaus Bergstraße gGmbH
- Sicherung und nachhaltige Entwicklung des Krankenhausstandortes Heppenheim und der stationären Versorgung im Kreis Bergstraße
Vorlage: 17-0333
- Punkt 2 Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen

Anwesende:

stellvertretende Ausschussvorsitzende:

Berg, Evelyn GRÜNE Vorsitz in Vertretung von Ausschussvorsitzendem Randoald Reinhardt

Ausschussmitglieder:

Dexler, Kerstin CDU
Fera, Pia CDU
Heitland, Birgit CDU
Wohlfart, Dieter CDU in Vertretung für Randoald Reinhardt
Hapke, Ellen SPD in Vertretung für Matthias Baaß
Schneider, Otto SPD
Thoma, Philipp SPD in Vertretung für Josef Rothmüller
Berg, Evelyn GRÜNE (siehe auch stv. Ausschussvorsitzende und Fraktionsvorsitzende)

Fraas, Sabine GRÜNE
Ohl, Gottlieb FDP

Fraktionsvertreter mit beratender Stimme (§ 62 Abs. 4 HGO i.V. mit § 33 HKO):

Bitsch, Peter Bürgerunion

Fraktionsvorsitzende:

Schneider, Gottfried CDU
Berg, Evelyn GRÜNE (siehe auch stv. Ausschussvorsitzende und -mitglieder)

Figaj, Thilo GRÜNE

Kreisausschuss:

Wilkes, Matthias CDU Landrat
Metz, Thomas CDU Erster Kreisbeigeordneter
Schimpf, Matthias GRÜNE Kreisbeigeordneter

Gäste:

Dusend, Winfried
Allmann, Stephan

Geschäftsführer der Kreiskrankenhaus gGmbH
Verwaltungsleiter des Kreiskrankenhauses

Verwaltung:

Medert, Martin

Finanz- und Rechnungswesen

Schriftführerin:

Schüßler, Helene

Kreistagsbüro und Büro des Kreisausschusses

Stellvertretende Ausschussvorsitzende Berg eröffnete um 18:00 Uhr die 17-007. Sitzung des Ausschusses des Kreistages Bergstraße für Schule und Soziales, begrüßte die Erschienenen und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Entschuldigt fehlte das Ausschussmitglied Walter Öhlenschläger (FREIE WÄHLER).

Einwendungen gegen Ladung und Tagesordnung wurden nicht erhoben.

Sodann wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

Tagesordnung

Punkt 1:

Kreiskrankenhaus Bergstraße gGmbH

- **Sicherung und nachhaltige Entwicklung des Krankenhausstandortes Heppenheim und der stationären Versorgung im Kreis Bergstraße**

Vorlage: 17-0333

Erster Kreisbeigeordneter Metz gab zusammenfassende und ergänzende Erläuterungen zur Vorlage 17-0333.

Für den Kreis sei eine regionale Verbundlösung mit dem Katholischen Klinikverbund Südhessen (KKSH) eine wünschenswerte Lösung, die sowohl positiv für die stationäre Versorgung im Kreis als auch für die beteiligten Krankenhäuser wäre. Da noch offen sei, ob eine solche Verbundlösung erreicht werden kann, suche der Kreis nach Alternativen.

Bei einem vom Kreis durchgeführten Markterkundungsverfahren seien 25 Krankenhausträger angeschrieben worden, von denen 22 Interesse signalisiert hätten. Das Markterkundungsverfahren habe gezeigt, dass das Kreiskrankenhaus ein gutes Zukunftspotential aufweise.

Im Rahmen des Markterkundungsverfahrens seien unter anderem Gespräche mit der Agaplesion gAG bezüglich des Luisenkrankenhauses und mit dem KKSH bezüglich einer regionalen Verbundlösung geführt worden.

Der KKSH habe nun seine Absicht erklärt, das Luisenkrankenhaus übernehmen zu wollen, wobei eine Entscheidung hierüber bisher noch nicht getroffen sei. Bei den Gesprächen mit dem KKSH habe dieser seine grundsätzliche Bereitschaft zu einer Verbundlösung unter Einbeziehung des Kreiskrankenhauses signalisiert; konkrete Verhandlungen habe es nicht gegeben, da der KKSH bisher keine Zahlen vorgelegt habe.

Angedacht sei nun, das Markterkundungsverfahren zu beenden und einen Konzeptwettbewerb für zwei Handlungsoptionen für das Kreiskrankenhaus - Aufbau und Integration in einen Krankenhausverbund oder Begründung einer strategischen Partnerschaft mit anderen Krankenhausträgern - durchzuführen. Für den Konzeptwettbewerb sei keine zu starke Konditionierung vorgesehen, jedoch dürfe eine Verbundlösung nur auf "gleicher Augenhöhe" der Beteiligten erfolgen und nicht der Charakter eines Tendenzbetriebes haben.

Erster Kreisbeigeordneter Metz informierte abschließend über die Ergebnisse der Befassung der Organe der Kreiskrankenhaus gGmbH mit der Beschlussempfehlung an den Kreistag. Der Aufsichtsrat habe eine Ergänzung der Beschlussempfehlung beschlossen, dass das Kreiskrankenhaus bei einer Verbundlösung oder einer strategischen Partnerschaft in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft verbleibe. Die Ergänzung der Beschlussempfehlung der bei der Beschlussfassung nicht vollzählig anwesenden Aufsichtsratsmitglieder habe die Gesellschafterversammlung nicht aufgegriffen und eine Beschlussempfehlung entsprechend der Verwaltungsvorlage abgegeben.

Bei der anschließenden Aussprache

- erklärte Abgeordneter Otto Schneider, die SPD-Fraktion mache sich die ergänzte Beschlussempfehlung des Aufsichtsrats zu eigen. Außerdem werde die SPD-Fraktion einer Partnerschaft mit privaten Krankenhausträgern nicht zustimmen. Eine Zusammenarbeit in einem regionalen Verbund mit dem Heilig-Geist-Hospital sei unter den geforderten unabdingbaren Voraussetzungen schwierig zu erreichen, doch eine regionale Verbundlösung ohne Heilig-Geist-Hospital wäre keine gute Lösung, sondern Stückwerk. Der ruinöse Wettbewerb zwischen den Krankenhäusern in Heppenheim und Bensheim ginge dann weiter;
- kritisierte Abgeordneter Figaj die Position der SPD-Fraktion als nicht zu verhandeln. Ihre Forderung, auf Verhandlungsgespräche mit privaten Krankenhausträgern zu verzichten, bedeute "Fußfesseln" für den Verhandlungsführer des Kreises und schwäche seine Verhandlungsposition;
- begrüßte Abgeordneter Ohl, dass bei dem vorgesehenen Konzeptwettbewerb auch private Anbieter angesprochen werden. Für die Krankenhauslandschaft im Kreis müsse eine Konzeption gefunden werden, die keine Konkurrenz zwischen den Krankenhäusern schaffe. Die FDP-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage zustimmen und bitte um eine Änderung bei Punkt II Ziffer 3 im Entwurf der Bekanntmachung für den Konzeptwettbewerb. Das Wort "Arbeitnehmerinteressen" solle durch "Arbeitnehmerrechte" ersetzt werden, da der Begriff "Interessen" im Gegensatz zum Begriff "Rechte" nicht eindeutig definiert sei und Interpretationsspielraum biete;
- plädierte Abgeordnete Heitland für eine Beibehaltung des vorgelegten Beschlussvorschlages und keine Einschränkungen für den Verhandlungsführer des Kreises im Vorfeld. Wenn keine strategische Partnerschaft und keine Verbundlösung erreicht werde, stehe das Kreiskrankenhaus weiter allein mit den bekannten Problemen;
- begründete Erster Kreisbeigeordneter Metz die Durchführung eines Konzeptwettbewerbs mit den verschiedenen zur Auswahl stehenden Handlungsoptionen für das Kreiskrankenhaus. Die Verhandlungsposition des Kreises sollte dabei möglichst stark

sein. Zu den Änderungsvorschlägen der SPD- und der FDP-Fraktion zum Beschlussvorschlag und zum Entwurf der Bekanntmachung empfahl er, keine Änderung der vom Kreistag seinerzeit beschlossenen Zielvorgaben vorzunehmen, um damit auch die gleichbleibende und verlässliche Position des Kreises als Verhandlungspartner zu zeigen;

- sprach sich Abgeordneter Gottfried Schneider gegen Einschränkungen beim Konzeptwettbewerb aus, auch wenn es seitens des Kreises Zielvorstellungen gebe, und lobte den engen Zeitraum der Ausschreibung und der Entscheidung. Bezüglich des Änderungsvorschlags der FDP-Fraktion wies er darauf hin, dass der Begriff "Interessen" "Rechte" beinhalte;
- sah Landrat Wilkes in Anbetracht der Verluste der letzten Jahre nicht mehr viel zeitlichen Spielraum und großen Handlungsbedarf für das Kreiskrankenhaus gegeben, was auch für die anderen Krankenhäuser gelte. Der Kreis halte die Hand gegenüber potentiellen Partnern ausgestreckt, wolle aber eine schnelle Entscheidung; als Nachteil für kommunale Krankenhausträger bei Verhandlungen erachtete er die Beratung über die Verhandlungsposition in öffentlichen Sitzungen, während kirchliche Träger nur intern berieten;
- bot Abgeordneter Otto Schneider als Kompromiss bei den Änderungsvorschlägen der SPD-Fraktion an, auf eine Verstärkung der Interessen der Beschäftigten des Kreiskrankenhauses entsprechend der Beschlussempfehlung des Aufsichtsrats zu verzichten; es bleibe aber bei ihrer Forderung, Verhandlungen mit privaten Krankenhausträgern auszuschließen;
- hielt Kreisbeigeordneter Schimpf die Verhandlungsposition des Kreises für geschwächt, wenn potentielle Partner von vorneherein ausgeschlossen würden. Mit dem vorgelegten Beschlussvorschlag der Verwaltung werde nicht über eine Privatisierung des Kreiskrankenhauses, sondern nur über die Bandbreite der Verhandlungsposition des Kreises mit potentiellen Partnern beschlossen. Diese sei angesichts der offen gelegten Zahlen des Kreiskrankenhauses eh schwierig;
- erläuterte Abgeordneter Figaj den Unterschied zwischen Arbeitnehmerinteressen und -rechte und lehnte die von der FDP-Fraktion vorgeschlagene Änderung im Entwurf der Bekanntmachung für den Konzeptwettbewerb ab. Entgegen der Forderung der SPD-Fraktion sprach er sich für die Möglichkeit von Gesprächen und Verhandlungen mit allen potentiellen Partnern, auch mit privaten Krankenhausträgern, aus. Voraussetzung für eine mögliche Partnerschaft sei die Wahrung des kommunalen Einflusses.

Für die SPD-Fraktion beantragte Abgeordneter Otto Schneider, Absatz 5 auf Seite 1 des Entwurfs der Bekanntmachung wie folgt zu ändern:

"Ebenso könnenmit einem öffentlichen oder mit einem freigemeinnützigen Krankenhausträger die Ziele des Kreises Bergstraße erreicht werden." (Umstellung des Wortes "oder" und Streichung der Worte "mit einem privaten")

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde bei 3 Jastimmen mit 7 Neinstimmen abgelehnt.

